

## Zeit zum Handeln, Bergrecht reformieren

„Das Beste am Norden ist unsere innere Ruhe.“ Dieses in einem NDR-Fernsehspot karikierte Klischee bräusiger Behäbigkeit der Menschen an der Küste war im Zusammenhang mit einem Ölunfall im ostfriesischen Etzel Anfang November Fluch und Segen zugleich. Segen deshalb, weil es wohl der Aufmerksamkeit eines gemächlich durch die Landschaft zuckelnden Radfahrers zu verdanken ist, dass eine größere Ölkatastrophe gerade noch vermieden werden konnte. Fluch ist jedoch die Fahrlässigkeit, mit der die Firma IVG Caverns in Etzel riesige Mengen Gas und Öl in unterirdischen Kavernen lagert.

Ein kleines Ventil war zu 10 % geöffnet und daraus entwichen 40.000 Liter Erdöl. Ungehindert konnte sich die schwarze Brühe in die Gräben der norddeutschen Landschaft ergießen. Der Weg zum Nationalpark Wattenmeer ist dort kurz. Während bei jeder Ölheizung eine Auffangwanne für auslaufendes Heizöl vorgeschrieben ist, sind Ventile und Rohrleitungen für Millionen Liter Erdöl in Etzel auf einer schnöden Betonplatte installiert. Keine Auffangwanne, keine Überwachungskamera, keine elektronischen Warnsysteme. Das fragliche Ventil erinnert eher an die häusliche Gartenbewässerung, als an das Sicherungssystem einer Ölleitung mit immerhin 60 Bar Druck.

Vor allem Zufälle haben geholfen, Schlimmeres zu verhindern. So war der Wasserstand in den Gräben niedrig und dadurch die Abflussgeschwindigkeit langsam. Das gab den 300 engagierten Helfern die Möglichkeit, das Öl abzupumpen, bevor es die besonders sensiblen Bereiche im Wattenmeer versauen konnte.

Für das Risikomanagement verantwortlich sind die Betreiberfirma IVG und das Landesamt für Bergbau,

Energie und Geologie (LBEG) als Aufsichtsbehörde. Offensichtlich hat man diese Aufgabe bislang nicht ernst genug genommen. Wer im Einzelnen dafür Verantwortung trägt, ob fahrlässig oder bewusst, das werden die Strafverfolgungsbehörden klären müssen. Inzwischen musste der LBEG-Präsident seinen Hut nehmen.

Bleibt vor allem die Frage, wie im ach so umweltbewussten Hochtechnologieland Deutschland ein so skandalös niedriges Sicherheitsniveau überhaupt möglich ist. Dahinter steckt das völlig antiquierte deutsche Bergrecht. Umfassende Öffentlichkeitsbeteiligungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen – eigentlich selbst bei weitaus unbedeutenderen Genehmigungen längst Standard – kennt besagtes Bergrecht nicht.

Die Pläne zum weiteren Kavernenausbau und die aktuelle Debatte um Fracking und die Förderung von Schiefergas unterstreichen die Forderung nach einer Reform des Bergrechts. Die rohstofffördernde Industrie hat klare Interessen. Umweltschutz gehört in der Regel nicht dazu. Ohne einen verbindlichen Rechtsrahmen, ohne Risikofolgeneinschätzung, ohne Abwägung der Umweltfolgen, ohne Auflagen, ohne Transparenz und ohne hinreichende Beteiligung der betroffenen Kommunen gibt es kein erfolgreiches Risikomanagement und keinen effizienten Umweltschutz. Das darf so nicht bleiben! Zeit zum Handeln also für die Großkoalitionäre in Berlin!

**Volker Bajus**

➔ MdL Volker Bajus ist Sprecher für Umwelt, Energie, Kulturpolitik der Grünen im Niedersächsischen Landtag sowie Ratsmitglied in Osnabrück. [www.volker-bajus.de](http://www.volker-bajus.de).



Volker Bajus  
Foto: Grüne im Landtag Nds.